

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 96 (1999)
Heft: 8

Rubrik: Entscheide und juristische Beiträge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine halbierte Witwenrente

Versicherungsrechtliche Folgen einer Gattentötung

Wer den eigenen Gatten umbringt, hat unabhängig von der ihm auferlegten Strafe keinen Anspruch auf eine Hinterlassenenrente der AHV. Wie ein neues Urteil des EVG zeigt, können jedoch die besonderen Umstände eines Einzelfalles eine andere Lösung gebieten.

Das Eidgenössische Versicherungsgericht (EVG) hat einer Frau Anspruch auf eine halbe Witwenrente der AHV zugesprochen, obwohl sie ihren Gatten eigenhändig erschossen hat. Ausschlaggebend war der Umstand, dass die Frau ihren despotischen Ehemann nach jahrelang ertragenem Martyrium in grösster Verzweiflung umgebracht hatte. Die zuständigen Strafrichter billigten der Frau denn auch zu, dass sie sich in einer Notstandssituation wähnte, und verurteilten sie lediglich zu einer bedingten Gefängnisstrafe von 18 Monaten wegen Totschlags. Ein erstes strengeres Urteil war vom Bundesgericht aufgehoben worden.

Die zuständige Ausgleichskasse und das Walliser Kantonsgericht hatten sich auf Artikel 18 des AHV-Gesetzes berufen und jeden Anspruch auf eine Witwenrente verneint, weil die Versicherte den Tod ihres Mannes «bei Ausübung eines Verbrechens» selber verursacht habe. Die Betroffene gelangte ans EVG und bestand auf der Ausrichtung einer um die Hälfte gekürzten Rente. Das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) ging in der Folge noch weiter und beantragte, der Witwe eine ungekürzte Rente zu gewähren. Dabei berief sich das Amt auf seine eigene Praxis als Aufsichtsbehörde, wonach in solchen Fällen eine Rente so-

lange suspendiert wird, als der Empfänger wegen der fraglichen Tat eine Freiheitsstrafe abzusitzen hat. Gemäss dieser Praxis hätte die lediglich zu einer bedingten Gefängnisstrafe verurteilte Witwe ungeschmälerter Anspruch auf eine Rente, doch will das EVG den vom BSV geschaffenen Konnex zwischen Strafvollzug und Rentenanspruch nicht akzeptieren.

Laut dem Grundsatzurteil aus Luzern soll der Entzug oder die Kürzung von Versicherungsleistungen verhindern, dass die Gemeinschaft der Versicherten für Schäden aufzukommen hat, die sich vermeiden liessen. Sobald die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, muss daher eine solche Massnahme verfügt werden. Auch der Totschlag (ein in entschuldbarer heftiger Gemütsbewegung begangener Tötungsakt) rechtfertigt aus Sicht des EVG einen vollständigen Entzug der Witwenrente, sofern der Täter zurechnungsfähig war und weder Notwehr noch Notstand geltend machen kann. Dies stimmt mit dem Grundsatz überein, wonach eine Versicherung nicht für ein Ereignis aufkommen muss, dass der Empfänger der Versicherungsleistungen allein verschuldet hat. Dennoch gelangten die fünf urteilenden Bundesrichter im konkret beurteilten Fall nach einer mündlichen Beratung ihres Urteils zum Schluss, dass der Frau in Würdigung aller Umstände eine halbe Witwenrente zugesprochen werden müsse.

Markus Felber
(Urteil H 27/98 vom 16.3.99)